

Impressum

Herausgeber:

DGB-Bezirk Baden-Württemberg
Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
Tel. 0711-2028-213
info-bw@dgb.de

Verantwortlich:

Nikolaus Landgraf, DGB-Landesvorsitzender
Redaktion: Jürgen Klose, Pressestelle

Weitere Informationen:

www.bw.dgb.de
www.kopfbahnhof-21.de
www.volksentscheid-bw.de

Titelfoto: Yvonne Seidel

Verkehrspolitische Begründungen fragwürdig

S21 ist im Kern ein Immobilienprojekt – die Stadt will auf den freiwerdenden Gleisflächen bauen. Verkehrspolitisch stehen die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen. Stuttgart hat schon heute einen der leistungsfähigsten Bahnhöfe Deutschlands. Leider hat ihn die DB total herunterkommen lassen. Auch wird Stuttgart ohne Tiefbahnhof von der DB weder abgehängt noch hängt der Wohlstand des Landes von S21 ab.

Wir wollen keine Bahn mit wenigen teuren Hochgeschwindigkeitsstrecken, aber Streckenstilllegungen, verrotteten Bahnhöfen und schlechtem Service. Wir wollen eine Bahn nach Schweizer Vorbild mit guten Verbindungen und Umsteigemöglichkeiten.

Wir müssen knappe Steuergelder in verkehrspolitisch vorrangliche Projekte investieren. Davon gibt es in Baden-Württemberg eine ganze Menge. Erheblichen Nachholbedarf gibt es beim Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene.

Arbeitsplatzargument

Als Gewerkschaften setzen wir uns für mehr Beschäftigung und sozial abgesicherte Arbeitsplätze ein. Wir sind aber nicht für Arbeitsplätze um jeden Preis. Was gebaut wird muss auch Sinn machen.

Durch S21 entstehen kurzfristig Arbeitsplätze – wie viele es in 15 Jahren sind, kann heute niemand voraussagen. Neue Arbeitsplätze entstehen auch bei einer Modernisierung des Kopfbahnhofs und einer Sanierung der heruntergekommenen Bahninfrastruktur – mit vielen Chancen für Mittelstand und Handwerk in der Region.

Wir fordern die Einhaltung aller Gesetze, Arbeitsschutzvorschriften und Tarifverträge bei öffentlichen Bauten. Gesetzesverstöße, wie auf der S21-Baustelle am Nordflügel des Hauptbahnhofs, dürfen sich nicht wiederholen!



DGB gegen Bahnprivatisierung

Die Strategie des Bundes als Eigentümer der DB AG ist weiter auf die Privatisierung und einen Börsengang ausgerichtet. Der DGB lehnt die Pläne der Bundesregierung für eine Privatisierung der Bahn entschieden ab – wie die Mehrheit der Bevölkerung. Der Ausverkauf der Bahn an private Investoren muss gestoppt werden.

Die DB AG muss als integriertes Unternehmen mit Infrastruktur (Netz) und den Transportbereichen sowie Dienstleistungen vollständig in öffentlichem Eigentum bleiben! Private Investoren wollen Rendite – das verträgt sich nicht mit einer Bürgerbahn, die nachhaltige und kundenfreundliche Mobilität zu vernünftigen Preisen organisieren soll. Es geht um unsere Bahn!

OBEN BLEIBEN

DGB-Positionen zu Stuttgart 21



Der DGB will einen modernisierten Kopfbahnhof

Stuttgart 21 hat die Gesellschaft in Befürworter und Gegner gespalten. Auch in den Gewerkschaften gibt es Anhänger der einen oder anderen Seite. Als Organisation achten wir private und politische Meinungen unserer Mitglieder. Der DGB muss sich aber als Dachverband der Gewerkschaften zu zentralen gesellschaftspolitischen Fragen positionieren – insbesondere, wenn es um Steuergelder in Milliardenhöhe geht, während bei Sozialleistungen der Rotstift regiert. Auch die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis teurer öffentlicher Bauinvestitionen berührt gewerkschaftliche Interessen.

Der DGB lehnt den geplanten unterirdischen Tiefbahnhof ab. Unsere Alternative ist ein modernisierter Kopfbahnhof und eine schnellere Verbindung zwischen Stuttgart, Ulm und München zu vertretbaren Kosten. Der DGB ist Bündnispartner im Aktionsbündnis gegen S21 und unterstützt dessen Aktivitäten. Der Vorsitzende der DGB-Region Nordwürttemberg vertritt dort den DGB-Bezirk.

Alle Fakten müssen auf den Tisch!

Es stimmt: Die parlamentarischen Gremien haben S21 zugestimmt. Aber haben sie das auch auf der Basis der notwendigen Informationen über Kosten, Risiken und mögliche Alternativen getan? Daran bestehen erhebliche Zweifel. Die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Wichtige Informationen wurden den Entscheidungsgremien und der Öffentlichkeit vorenthalten oder kamen erst scheinbar ans Licht der Öffentlichkeit. Bis heute hält die Bahn ihre Kostenrechnung unter Verschluss.

Eine ehrliche Diskussion über die Kritik und mögliche Alternativen wurde bis jetzt verweigert. Eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart wurde sogar aktiv verhindert. Ein solcher Politikstil treibt die Menschen zu Recht zu Tausenden auf die Straße.

Bürgerprotest ernst nehmen!

Durch den Druck der Menschen, die in großer Zahl seit Monaten gegen S21 protestieren, ist Bewegung in die starren Fronten gekommen. Die Befürworter des Projekts sind – besonders nach dem „schwarzen Donnerstag“ im Schlossgarten – unter großen Druck geraten.

Unabhängig davon, wie man zu S21 steht: In der Auseinandersetzung um das Projekt ist eine starke, friedliche und kreative, Bewegung für mehr Demokratie entstanden.

Es ist gut, dass Menschen für ihre Interessen auf die Straße gehen! Der DGB begrüßt dieses Engagement, denn Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung stärken die Demokratie!

Bauzaun am Nordausgang des Bahnhofs während des Abrisses des Nordflügels



Foto: Jürgen Klase

Mehr direkte Demokratie!

Baden-Württemberg trägt in Sachen direkter Demokratie die rote Laterne. Der DGB hat mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Baden-Württemberg“ immer wieder Vorschläge für eine bürgerfreundliche Reform gemacht. Sie



Tausende Menschen demonstrieren jede Woche gegen Stuttgart 21

wurden von der Landesregierung stets zurückgewiesen. Bei dieser starren Haltung darf es nicht bleiben.

Die Landesregierung muss vor der Landtagswahl am 27. März 2011 eindeutig erklären, ob und wie sie die viel zu hohen Hürden für Volksabstimmungen in der Landesverfassung (Art. 59 und 60) senken will. Dann können die Wählerinnen und Wähler entscheiden, was sie davon halten.

Nötig ist auch eine Mediation bei Großprojekten schon im Planungsstadium. Stuttgart 21 muss eine „Zeitenwende für mehr direkte Demokratie“ sein.

Politische Entscheidungen sind immer korrigierbar

In der Demokratie ist nichts unumkehrbar – wie man an der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke trotz rechtskräftiger Verträge sieht. Entscheidend ist der politische Wille. Eine Volksabstimmung nach den Bestimmungen

der Landesverfassung halten wir wegen der hohen Hürden für nicht erfolgversprechend. Wir wollen eine „verbindliche Volksbefragung“ über Stuttgart 21. Alle Beteiligten müssen vorher erklären, dass sie sich an das Ergebnis der Befragung halten.

Aufgabe der Politik ist die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Friedens. Es ist nicht Aufgabe der Polizei, die Kastanien für politisch höchst umstrittene Projekte wie S21 aus dem Feuer zu holen. Wir begrüßen die parlamentarische Untersuchung des aus dem Ruder gelaufenen unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes am 30. September und fordern eine Klärung der politischen Verantwortung.